

Bismarck – ein Realpolitiker und seine Kritiker damals und heute

von Dr. Stefan Scheil

Otto von Bismarck steht in der Kritik. Das ist an sich nichts Neues, das war er zu Lebzeiten überreichlich gewohnt und der landesweite und weitgehend unumstrittene Ruhm seiner letzten Lebensjahre nach dem Abschied aus dem Amt stellte eigentlich eine Neuentwicklung dar. Jahrzehntlang ereiferte sich vorher die Öffentlichkeit über den preußischen Ministerpräsidenten der 1860er Jahre, der 1871 zum Kanzler des wieder neu formierten Deutschen Reiches wurde. Vorausgegangen waren Einigungskriege und ein Frankreichfeldzug in den Jahren zwischen 1864 und 1871, gewonnen auch mit preußischen Truppen, die aus verfassungsrechtlichen Gründen eigentlich hätten gar nicht existieren dürfen, die Bismarck als Regierungschef aber aufgestellt hatte.

Es folgten noch fast zwei Jahrzehnte als Reichskanzler, in denen sich Otto von Bismarck weiterhin viele Feinde machte und auch immer wieder mit drastischen Änderungen in der eben erst beschlossenen Reichsverfassung kokettierte. „Wenn ich nicht staatsstreichere, setze ich nichts durch“, kommentierte er dieses Vorgehen einmal lapidar. Die deutsche Öffentlichkeit galt ihm dagegen regelmäßig als eine Ansammlung fehlgeleiteter, schlecht informierter und desorientierter Personen, die der straffen Führung durch einen wie ihn bedurften. Einer Führung, die dann am Ende ein Ziel erreichen würde, das die gleiche Allgemeinheit mit überraschter Freude zur Kenntnis nehmen konnte, wie die Einigung von 1871. Oder dessen Unvermeidlichkeit sie im Nachhinein einsehen mußte, wie etwa die Einverleibung Schleswig-Holsteins in Preußen, die Bismarck nach 1864 gegen den Widerwillen eben jener deutschen Öffentlichkeit herbeigeführt hatte, wie er in seinen Memoiren, den „Gedanken und Erinnerungen“ selbst schrieb. Man hatte sich eher ein weiteres deutsches Fürstentum unter einem auch durchaus vorhandenen deutschen Thronkandidaten gewünscht, nach dem Ende der dänischen Fremdherrschaft. Aber wer, so Bismarcks weitere Frage in seinen Memoiren aus den 1890ern, würde heute noch die damaligen Bedenken von vor dreißig Jahren teilen?

Diesem pragmatisch-optimistischen Blick Bismarcks auf geschaffene Tatsachen, die dann schon ihre Wirkung entfalten würden, fiel wenig später auch das „Königreich Hannover“ zum Opfer, das nach 1866 ebenfalls Teil Preußens wurde. Es sollte die einzige der Jahrzehnte vorher entstandenen Königswürden in Sachsen, Bayern und Württemberg sein, die wieder einkassiert wurde. Auch wenn es in Berlin namhafte Stimmen wie den Kronprinzen Friedrich gab, der am liebsten alle wieder auf den Fürstentitel zurückgestuft hätte. Im Fall Elsaß-Lothringens bewährte sich Bismarcks Pragmatismus der geschaffenen Tatsachen weniger. Dessen Zustand als herrscherloses „Reichsland“ blieb als Fremdkörper in der von Bismarck geschaffenen deutschen Verfassungsordnung dauerhaft wenig befriedigend.

Man könnte nun meinen, Bismarcks Politikstil sei von einem Politikverständnis des 19. Jahrhunderts geprägt. Überholt sozusagen und heutzutage deshalb unter den Verhältnissen der bundesrepublikanischen Verfassungsordnung als traditionsbildende Vergangenheit kritisch beäugt. Nun hat der Autor dieser Zeilen wiederholt darauf hingewiesen, daß dies keineswegs der Fall ist. Wie in den letzten dreißig Jahren seit dem Mauerfall und der Vereinigung Kleinstdeutschlands von der Staatsführung der politische Allgemeinkurs durchgesetzt wurde, das entspricht durchaus einem Bismarckschen Politikverständnis. Nicht dem Inhalt nach wohlgermerkt, aber der Methode nach.

Unter Mißachtung der öffentlichen Meinung und teilweise gegen deren ausdrücklich erklärten Willen einem Ziel entgegenstreben, es mit Recht und Verfassung dabei nicht so genau zu

nehmen, dies wurde nach 1990 und vor allem nach 2005 geradezu penetrant durchexerziert. Die europäische Schuldenunion und das buchstäblich grenzenlose multikulturelle Gesellschaftsexperiment sind so entstanden. Demokratisch gebilligt oder auch nur vorher diskutiert wurden sie nicht. So viel kann man als Historiker und Beobachter der jüngeren Zeitgeschichte jedenfalls feststellen.

Nun laufen diese heutigen Ziele letztlich auf die Abschaffung von Volk und Staat hinaus, ja auf die Ent-Europäisierung des Kontinents. Natürlich täte man Bismarck sehr unrecht, sein Wirken irgendwie damit inhaltlich gleichzusetzen. Das wissen auch seine heutigen Kritiker, denen es folgerichtig um eben diesen andersartigen Inhalt seines politischen Erbes geht, nicht um die Methoden, mit denen er sich durchgesetzt hat und die sie selbst bedenkenlos anwenden. Im Zentrum von Bismarcks politischem Streben stand neben der Sorge um das Haus Hohenzollern und Preußen inhaltlich aber eindeutig das Wohl der deutschen Nation. Der Abstand zu seinen heutigen Kritikern könnte kaum größer sein.

So manche Dinge, für die man Bismarck wirklich kritisieren könnte, haben seine heutigen Gegner sowieso gar nicht auf dem Schirm. Wagen wir an dieser Stelle einen kleinen Exkurs. Da wären beispielsweise die Bindungen, die er mit Italien einging, um 1866 gemeinsam gegen Österreich ins Feld ziehen zu können, dessen ungarischen Separatismus er zudem noch gleichzeitig finanzieren ließ. Preußen als deutscher Staat stand also im Bündnis mit dem Ausland gegen andere deutsche Staaten, was die Satzung des Deutschen Bundes ausdrücklich untersagt hatte.

Da wäre überhaupt Bismarcks extrem pragmatisches Verhalten zu nennen, wenn es galt, Bundesgenossen zu gewinnen und sie wieder ins Abseits zu schicken, falls sie sich nicht oder nicht mehr als nützlich erweisen sollten. Ob Konservative oder Nationalliberale, Bismarck arbeitete mit vielen Parteien des Reiches zusammen und stieß sie wieder von sich. Selbst mit dem noch deutsch-national orientierten Sozialdemokraten Ferdinand Lassalle fand er Gelegenheit zum Gespräch. Dessen Tod im Duell beendete im Sommer 1864 allerdings dauerhaft die Option einer wenigstens grundsätzlich nationalpatriotischen Orientierung der Sozialdemokratie. In diese Reihe der phasenweisen Annäherung Bismarcks an problematische Partner gehörten um 1880 auch die ausgesprochen jüdenfeindlichen Christlichsozialen der „Berliner Bewegung“ des Hofpredigers Stöcker. Der Berliner Kongreß, auf dem Bismarck als „ehrlicher Makler“ 1878 die große europäische Diplomatie in die deutsche Hauptstadt geholt hatte, verursachte dieses politische Nachbeben.

Viel war auf dem Kongreß über die Fragen der Rechte jüdischer Einwohner auf dem Balkan diskutiert worden, zum Beispiel in Rumänien. Sehr deutlich hatte die Finanzwelt dabei die hochrangige Diplomatie unter Druck gesetzt, so daß dem Publikum alles Internationale plötzlich in einem neuen Licht erschien. Der deutsch-jüdische Historiker Fritz Stern stufte dies später als den ersten offenen Eingriff jüdischer Macht seit Jahrhunderten ein: „Aus der Geschichte des Judentums erhebt sich der Juli 1878 als eine Wendemarke, da aus eigener Kraft, mit eigener Einflußnahme und dank weltweit hochgehaltener Prinzipien das Schicksal der Juden in Ost und West endlich gesichert und geborgen schien.“ Führend vor Ort setzte dies Bismarcks Hausbankier Bleichröder durch, dem er seit Beginn seines politischen Aufstiegs recht eng verbunden war, phasenweise einer von nur noch wenigen treuen Verbündeten.

In Berliner Cafés wurde für einige Zeit über kaum etwas anderes mehr als die eben erwähnte Einflußnahme diskutiert, so läßt sich manchen zeitgenössischen Berichten entnehmen. An sich hielt Bismarck nichts von Klerikern in der Politik. Aber den aus diesen Debatten hervorgegangenen Christlichsozialen des Berliner Hofpredigers Stöcker hatte Bismarck unter

diesen Bedingungen zugetraut, in der Hauptstadt zwischen den aufkommenden Sozialdemokraten und den lästigen Liberalen eine dritte maßgebende Kraft zu werden. Dies gelang jedoch nicht, so gingen die Christlichsozialen danach Bismarcks Gunst recht schnell verlustig. „Antisemit“ war er trotz seiner vorübergehenden Förderung der Stöcker-Partei gewiß nicht, die Beziehung zu Bleichröder stand ohnehin nie in Frage.

Es ließe sich im Weiteren Bismarcks hemdsärmeliges Finanzgebaren nennen. Zum Beispiel mit den Fondsmitteln, die eigentlich zum Zweck der Entschädigung der alteingesessenen Welfen-Dynastie für ihr von Preußen nach Schleswig-Holstein auch noch einkassiertes Königreich Hannover gedacht gewesen waren und aus deren Ertrag Bismarck den berüchtigten „Reptilien“-Fonds bildete, um in Berlin politische Landschaftspflege durch Gefälligkeitszahlungen an die eine oder andere Person zu betreiben. In den Finanzbereich fällt auch der erwähnte, seinerzeit öffentlich von vielen scharf kritisierte Kontakt Bismarcks mit dem Bankhaus Bleichröder. Aus dieser Zusammenarbeit ergaben sich – immer wieder genutzte – Gelegenheiten zum zeitigen Handel von Aktienpakten im Umfeld politischer Krisen. Bismarck ließ also etwas treiben, was man heute vielleicht in den Verdacht des Insider-Handels nennen würde. Er war allerdings auch darin ein Kind seiner Zeit, der der Gedanke noch fremd war, in Zusammenhang mit Macht erworbener Reichtum sei irgendwie illegitim. Im Gegenteil galt der Erwerb von stattlichem Besitz mit als Nachweis des politischen Erfolges.

All diese Dinge ließen Bismarck trotz der 1871 geglückten Wiedervereinigung des Reiches zu einer berühmten und verehrten, aber eben auch umstrittenen Person werden, so lange er als Kanzler im Amt blieb. Das änderte sich allerdings sehr bald nach seinem Abgang. Die Nation startete auf die hinterlassene Lücke und machte sich daran, an Bismarck als einen der Stammväter der Nation zu denken. Eben dies ist nun auch der Anlass und die politische Motivation für die Bilderstürmerei und die aktuelle Bismarckkritik, die sich eigentlich weniger gegen die Person richtet, als gegen deren Rang als Nationalsymbol, den sie immer noch hat.

Diesem Rang verliehen nach dem Ableben des früheren Reichskanzlers im Jahr 1898 in ganz Deutschland Hunderte „Bismarck-Türme“, Straßen und Denkmäler einen überaus deutlichen Ausdruck. In Hamburg befindet sich ein vierunddreißig Meter hohes Denkmal, das Hamburger Kaufleute im Jahr 1906 aus Dankbarkeit errichten ließen. Es zeigt Bismarck als ernst blickende, aufrechte, in sich ruhende Person, die mit beiden Händen den Knauf eines vor ihm stehenden Langschwertes umgreift. Das ist eine treffende Umsetzung seines Satzes: „Wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts auf Welt!“

„Die Gottesfurcht ist es schon, die uns den Frieden lieben und pflegen läßt“, setzte Bismarck dann allerdings noch dazu. Daß gerade dieses Hamburger Denkmal mit seinem Bezug zum Hafen nun besonders in der Kritik steht, ist insofern bereits ein Treppenwitz, als Bismarcks später Besuch des damals explosionsartig wachsenden Hamburger Hafens unter Historikern als eines der Beispiele dafür gilt, wie späte Zeitzeugenschaft in Unverständnis münden kann. So erging es Bismarck mit dem Hafen, als er nach sechsundzwanzigjähriger Unterbrechung 1890 wieder einmal nach Hamburg kam. Das sei zwar alles ganz schön, aber er verstehe von solchen Einrichtungen nichts, erklärte er beim Anblick von hydraulischer Technik lapidar. Hamburg lebe eben vom Wasser, wie immer. Nun soll jedoch das Hamburger Denkmal mit „Kolonialgedenken“ ausgestattet werden.

Natürlich verdankten die Hamburger den Aufwuchs ihrer Hafenanlagen in erster Linie dem 1871 wiedergegründeten Deutschland und dessen stark wachsenden wirtschaftlichen Verbindungen in alle Welt. Bismarck selbst kämpfte allerdings eher mit den Folgen und den von außen hereindrängenden Konsequenzen der neuen Staatsgründung für die europäische

Politik, als daß er aus diesem Wachstum weltpolitische Ambitionen abgeleitet hätte. Dies taten erst seine Nachfolger im Regierungsamt, die in die allgemeine Kolonialpolitik der Zeit einstiegen, mit dessen neuem Gesicht, dem Imperialismus und dem Bau einer Flotte, die sich sehen lassen konnte. Sie taten dies zwar auch vorwiegend, weil Imperialismus zur damaligen Zeit eine unvermeidliche Angelegenheit zu sein schien und nicht aus heute kolportiertem mutwilligem preußisch-deutschen Eroberungswillen. Ohne weltweite staatliche Präsenz und eigene Kolonien als Absatz- und Rohstoffmärkte würden im kommenden zwanzigsten Jahrhundert der machtpolitische Abstieg und der Untergang drohen, so die verbreitete Ansicht. Nicht nur in Deutschland wurde so gedacht und daher teilten die europäischen Nationalstaaten, das russische Imperium und die Vereinigten Staaten von Amerika bis um das Jahr 1900 herum faktisch die gesamte Welt unter sich auf.

Bismarcks Sache ist das nicht gewesen. Erste Fürsprecher für ein deutsches, staatliches Engagement auf dem afrikanischen Kontinent wies er im Dezember 1878 auf die seiner Meinung nach wirklich wichtigen deutschen Perspektiven hin, mit den berühmt gewordenen Worten. „Meine Karte von Afrika liegt hier in Europa. Hier liegt Rußland, dort liegt Frankreich und wir sind in der Mitte. Das ist meine Karte von Afrika!“ Das war in der Tat überaus gut und treffend gesehen und fasste die deutsche Problematik der nächsten Jahrzehnte bereits gut zusammen. Im Prinzip hat sich an dieser Position bis heute nichts geändert. Deutschland steht weiterhin so im Zentrum verschiedener Interessen, daß eine „souveräne“ Politik, etwa eine der Neutralität, fast undurchführbar ist. Bismarck selbst spielte deshalb mit vielen Bündnissen, um eine deutsche Einkreisung zu verhindern. Diese blieb trotzdem ein ständiger Alptraum. Er hielt auch unter militärischen Gesichtspunkten nichts von außereuropäischen Besitzungen, die „beim ersten Schuß dann doch nur an die Franzosen fallen“ würden. Richtig sah Bismarck ebenso den fehlenden wirtschaftlichen Nutzen von Kolonien voraus und ihre Eigenschaft als Versorgungsposten eigentlich überflüssiger Beamter.

Über die Gründe für den letztlich trotz alledem erfolgten Kolonialschwenk Bismarcks, entgegen seiner besseren und richtigen Einsichten, haben Historiker viel gerätselt. Eine wirklich befriedigende Erklärung wurde dabei nicht gefunden. Zwischenzeitlich hatte Bismarck vielleicht die Rückwirkungen der bereits laufenden Aufteilung der Welt auf die europäische Bühne erkannt und wollte Verhandlungsmasse gewinnen. Aber dies bleibt Spekulation. Bis Mitte der 1880er Jahre ließ er jedenfalls eine Reihe afrikanischer Gebiete unter deutschen staatlichen Schutz stellen, in denen zuvor deutscher Privatbesitz und kaufmännische Aktivität gegeben war. Eine dafür eigentlich geplante Verwaltung in privaten Händen scheiterte und es traten sämtliche von ihm vorausgesehene negative Entwicklungen ein. Bis hin zu dem Umstand, daß die Kolonien 1914 kurz nach Kriegsausbruch tatsächlich in fremde Hände fielen und in Ostasien als Beuteobjekt auch noch einen Kriegsgegner wie Japan auf den Plan riefen, mit dem das Deutsche Reich zuvor eigentlich nichts als beste Beziehungen gepflegt hatte. An sich spricht also nichts dagegen, an die deutsche Kolonialpolitik als einen Irrweg zu erinnern. Ein Reservoir für sozusagen „antideutsche Munition“ stellt sie dennoch nicht dar.

Existentielle deutsche Gegebenheit blieb stets die europäische Mittellage und dazu gehörte die auch damals zu Bismarcks Amtszeiten schon vorhandene Verschlechterung der Beziehungen vor allem zu Rußland. Einen Angriff von Westen her werde es auf Deutschland nicht ohne russische Unterstützung geben, so stufte Bismarck die Lage ein. Würde diese russische Unterstützung vorliegen, gäbe es ihn aber ganz sicher.

Seit den 1890er Jahren lag diese Unterstützung dann vor. Bald nach Bismarcks Rücktritt 1892 wurde sie durch eine französisch-russische Militärallianz bekräftigt, auf deren Basis man dann

1914 gemeinsam in den Krieg gegen Deutschland zog, dessen Kaiser von seinem Verwandten in St. Petersburg bis zuletzt über diese Angriffsabsicht belogen wurde.

Doch wie gesagt deutete sich diese Konstellation schon früher an. Bismarck hatte bereits mit ihr zu tun, gerade in seinen letzten Regierungsjahren. Eine gewisse Verschlechterung der deutsch-russischen Beziehungen hatte bereits der oben erwähnte Berliner Kongress gebracht. Es fielen dort in der deutschen Hauptstadt und unter Beteiligung des deutschen Kanzlers als „ehrlicher Makler“ einige Entscheidungen, mit denen man in der russischen Führung nicht einverstanden war. Dazu gehörte die Sperrung der türkischen Meerengen für russische Kriegsschiffe, die Durchfahrt ins Mittelmeer beehrten. Dies hatte Großbritannien durchgesetzt, das dafür die französischen Ansprüche auf Tunesien unterstützte, um Pariser Zustimmung zu erreichen. Ein Beispiel für die Art und Weise, wie Afrika als Verhandlungsmasse in europäischen Angelegenheiten dienen konnte. St. Petersburg aber missfiel die Rolle Deutschlands und Bismarcks in diesen Angelegenheiten.

Es dauerte einige Jahre, bis daraus eine ernste Krise wurde. In der ließ Bismarck aus mancherlei Gründen, die hier wegen ihrer Komplexität schwer erörtert werden können, den deutschen Kapitalmarkt für Rußland 1887 phasenweise schließen. Bis dahin hatte vor allem deutsches Geld den begonnenen Ausbau Rußlands in Industrie und Infrastruktur finanziert, mehr als ein Fünftel der deutschen Auslandsinvestitionen waren daran beteiligt. Etwa ein Jahr vorher ließ Bismarck 1886 im engeren Kreis erkennen, nicht mehr an eine dauerhaft gute Beziehung zum Zarenreich zu glauben. Eine Großbestellung des Wundbehandlungsmittels Jod seitens der russischen Regierung fasste er im Sommer des gleichen Jahres 1886 bereits als „kriegsmäßig“ auf und ließ Nachforschungen darüber anstellen.

Den Beschränkungen des Kapitalmarkts folgten internationale Verwicklungen, die sich in den 1880er Jahren noch lösen ließen. Sie führten allerdings dauerhaft dazu, daß künftig französisches Kapital die bisherige Rolle des deutschen Geldes in Rußland übernahm und damit auch in diesem Bereich schon die Konstellation von 1914 eingetreten war. Was in dieser Lage getan werden sollte, darüber wurde in Berlin viel gesprochen. Den Gedanken eines deutschen Offensivkrieges als Lösung des russischen Problems wies Bismarck im Jahr 1888 zurück. Das soll hier etwas ausführlicher zitiert werden, da diese Diskussion selbst kaum bekannt ist, sie an bis heute immer wieder bestehende Probleme mit der russischen Position rührt und obendrein Bismarcks Realismus illustriert:

„Eine Zertrümmerung Rußlands liegt aber auch nach den glänzendsten Siegen außerhalb jeder Wahrscheinlichkeit. Selbst der günstigste Ausgang des Krieges würde niemals die Zersetzung der Hauptmacht Rußlands zur Folge haben, welche auf den Millionen eigentlicher Russen griechischer Konfession beruht. Diese würden, auch wenn durch Verträge getrennt, immer sich ebenso schnell wieder zusammenfinden, wie die Teile eines zerschnittenen Quecksilberkörpers. Dieses unzerstörbare Reich russischer Nation, stark durch sein Klima, seine Wüsten und seine Bedürfnislosigkeit, wie durch den Vorteil, nur *eine* schutzbedürftige Grenze zu haben, würde nach seiner Niederlage unser geborener und revanchebedürftiger Gegner bleiben, genau wie das heutige Frankreich es im Westen ist.“

Am Ende mußte 1914 doch gegen Rußland Krieg geführt werden, das diesen seinerseits vom Zaun gebrochen hatte. Den Befund Bismarcks über die möglichen Konsequenzen hat jedoch die Entwicklung nach 1917 und auch nach 1992 inzwischen bestätigt, da der in diesen Jahren jeweils besiegte und zerfallene großrussisch-sowjetische Machtbereich durch das „eigentliche Rußland“ auch mit Gewalt wieder hergestellt werden wurde und aktuell werden soll. Historische Konstellationen wiederholen sich nie exakt, aber sie lassen ein Muster erkennen.

Otto von Bismarck steht, wie eingangs gesagt, in der Kritik, für manches, was er als Regierungschef zu verantworten hatte. In seiner realistischen Einschätzung der internationalen Politik als einer Zone, in der es keine Freundschaft gab und gibt, auch keine deutsch-russische, kann er aber weiter als Vorbild gelten.

Dr. Stefan Scheil, Jahrgang 1963, geboren in Mannheim. Kindheit und Jugend in Ludwigshafen am Rhein, dort Abitur 1982. Danach Wehrdienst bei der Bundeswehr und anschließend, ab 1984, Studium der Fächer Philosophie, Geschichte und Soziologie in Mannheim, später in Karlsruhe. 1991 Abschluss als Magister Artium (M.A.). Erste Berufsstationen als Angestellter und freier Journalist. Promotion zum Dr. phil. 1997 in Karlsruhe mit einer Arbeit über die Aktivitäten des politischen Antisemitismus in den Reichstagswahlen von 1881 bis 1912. Seit 1992 als Journalist und Wissenschaftler freiberuflich tätig.